

Antrag Nr.: A0297/21

Datum: 26.11.2021

A N T R A G

Fraktion AfD

Gegenstand:

Energiepreisexplosion entgegensteuern – Heizen darf nicht zu Armut führen

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. dem Stadtrat bis zum 31.01.2022 eine Förderrichtlinie vorzulegen, um in der Landeshauptstadt Dresden soziale Härten auf Grund der gegenwärtig stark ansteigenden Energiekosten zu vermeiden.
Der Kreis der Anspruchsberechtigten soll so definiert werden, dass alle Dresdner Haushalte unter einer Einkommensgrenze von 25.000 Euro brutto liegend, berücksichtigt werden, sofern diese nicht bereits Leistungen für die Kosten der Heizung (KdU) erhalten. Die Einkommensgrenze erhöht sich für jedes weitere Haushaltsmitglied um 5.000 Euro brutto.
Weiterhin sollen folgende Personengruppen anspruchsberechtigt sein: Empfänger von Wohngeld, Kinderzuschlag nach § 6a Bundeskindergeldgesetz sowie BAföG-Leistungen. Dem Kreis der Anspruchsberechtigten soll ein einmaliger Zuschuss für die Heizperiode 2021/22 in Höhe von 200 Euro gewährt werden.
2. in Abstimmung mit dem jobcenter Dresden zu prüfen, ob die Obergrenze für die Angemessenheit der Kosten der Heizung für die Heizperiode 2021/22 um 25% erhöht werden kann.
3. sich gegenüber dem Deutschen Städtetag und der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass eine weitere Erhöhung der CO2-Steuer ausgesetzt wird.

Die Finanzierung erfolgt aus dem Klimafonds.

<u>Beratungsfolge</u>	<i>Plandatum</i>		
Ältestenrat	30.11.2021	nicht öffentlich	beratend
Dienstberatung des Oberbürgermeisters		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Soziales und Wohnen		nicht öffentlich	1. Lesung (federführend)
Ausschuss für Finanzen		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Soziales und Wohnen		nicht öffentlich	beratend (federführend)
Stadtrat		öffentlich	beschließend

Begründung:

Angesichts der gegenwärtig explodierenden Energiekosten ist schnelles und unbürokratisches Handeln erforderlich. Infolge des seitens der Bundesregierung geplanten gleichzeitigen Ausstieges aus der Kernenergie und der Kohleverstromung, vor allem aber durch ständig steigende Steuern und Abgaben – wie die CO₂-Steuer –, droht sich der Trend des permanenten Kostenanstiegs in den kommenden Jahren fortzusetzen. Zusätzlich sagen die Meteorologen den kältesten Winter seit langem vorher. Auf die Bürger rollt eine Lawine an Heizkostensteigerungen zu, die – vor allem bei einkommensschwächeren Haushalten – zu existenzbedrohenden finanziellen Zuständen führt.

Allein auf Grundlage der Preissituation von November 2021 ergeben sich für einen deutschen Durchschnittshaushalt Mehrkosten fürs Heizen in Höhe von 300 Euro.

Da mit der Bildung einer neuen Bundesregierung und der Einleitung von Gegenmaßnahmen des Bundes erfahrungsgemäß vor dem Jahreswechsel nicht zu rechnen ist, obliegt es darum der Landeshauptstadt Dresden, hier tätig zu werden, soziale Härten zu vermeiden und gegenzusteuern. Wenn gleich die Möglichkeiten der Landeshauptstadt Dresden nur begrenzt sind, ist innerhalb dieses Rahmens schnelles und unbürokratisches Handeln erforderlich. Neben der finanziellen Unterstützung der Betroffenen soll daher jede Möglichkeit genutzt werden, um auch auf Bundesebene für die drohende Situation vieler Dresdner Haushalte zu sensibilisieren. Eine weitere Erhöhung der CO₂-Steuer ist angesichts dieser Situation nicht mehr hinnehmbar.

Wolf Hagen Braun
Fraktionsvorsitzender

Thomas Ladzinski
Fraktionsvorsitzender

Anlagenverzeichnis:

-